

KONTRAST

ENDLICH GEHT WAS

Jetzt kommen Glyphosat-Verbot, Karenzanrechnung, Nicht-Raucherschutz und mehr

Auf **KONTRAST.at**
weiterlesen!

Nach dem Ende der ÖVP-FPÖ-Regierung sind die Abgeordneten im Parlament an keine Koalitionszwänge mehr gebunden. Das ebnete in den Sommermonaten vielen guten Gesetzen den Weg!

GLYPHOSAT-VERBOT



Im Juli 2019 wird der Antrag der SPÖ zum Verbot des Glyphosat-Verkaufs beschlossen. Das weltweit meistgenutzte Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat steht im Verdacht krebserregend zu sein.

VOLLE ANRECHNUNG VON KARENZZEITEN



Niedrigere Löhne, kleinere Pensionen und weniger Urlaub. Knapp 12.000 Euro Einkommensverlust hat eine Verkäuferin mit 2 Kindern, die 4 Jahre in Karenz war. Bald haben die Nachteile ein Ende: Frauen bekommen ihre Karenzzeiten bald voll angerechnet. Die ÖVP war dagegen.

NICHTRAUCHER-SCHUTZ



Eine rauchfreie Gastronomie wird Gäste und Angestellte schützen und das Gesundheitssystem entlasten. Dafür haben 880.000 Menschen unterschrieben. Im Juli werden alle Parteien – außer die FPÖ – das Rauchverbot in der Gastronomie beschließen.

RECHTSANSPRUCH AUF PAPAMONAT



Der Rechtsanspruch auf einen Papamonat kommt. Alle Väter können nun das erste Monat bei ihren Neugeborenen sein.

RECHT AUF TRINKWASSER



Sauberes Trinkwasser ist in vielen Ländern keine Selbstverständlichkeit – in Österreich gehört es zum Alltag. Damit das so bleibt und Wasserquellen nicht privatisiert werden, fordert die SPÖ, das Recht auf Trinkwasser in die Verfassung zu schreiben. Im Juli beschließt das Parlament diesen Antrag.

ERHÖHUNG DES PFLEGEgeldES



Am 13. Juni 2019 haben alle Fraktionen – mit Ausnahme der ÖVP – für eine Erhöhung des Pflegegeldes ab 2020 ge-

stimmt. Der Grund: Durch die Inflation wird das Pflegegeld faktisch jährlich weniger wert.

1.200 EURO MINDESTPENSION



Nach 40 Arbeitsjahren soll man künftig mindestens 1.200 Euro netto Pension haben, Ehepaare mindestens 1.500 Euro. Dabei werden auch 5 Jahre Kindererziehung berücksichtigt.

KATASTROPHEN-HELFER



Eine Absicherung für ehrenamtliche Katastrophen-Helfer soll kommen. Die SPÖ will einen Anspruch auf 5 Tage Freistellung und eine Entgeltfortzahlung. Zustimmung gibt es von FPÖ und Liste Jetzt.

Jetzt geht was!

Im Juni wurde im Parlament einiges auf den Weg gebracht. So haben die Parteien abgestimmt:

Beschlüsse aus den Nationalrats-sitzungen vom 12./13. Juni

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	neos	Liste Jetzt
Glyphosat-Verbot	👍	👍	👍	👍	👍
Papamonat	👍	👎	👍	👎	👍
Nichtraucher-Schutz	👍	👍	👎	👍	👍
Volle Anrechnung der Karenz im Job	👍	👎	👍	👍	👍
Schutz des Wassers vor Privatisierung	👍	👍	👍	👍	👍
Pflegegeld wird erhöht	👍	👎	👍	👍	👍